

Pläne füllen 27 Aktenordner

MAINZELBAHN MVG startet Genehmigungsverfahren und hofft auf Baurecht in diesem Jahr

Von
Jennifer Back

MAINZ. Ein weiterer Meilenstein beim geplanten Bau der Mainzelbahn wurde gestern gesetzt: Zwei der drei Plansätze für den Bau der Bahn, die ab 2016 zwischen dem Hauptbahnhof und dem Lerchenberg verkehren soll, wurden von der Mainzer Verkehrsgesellschaft (MVG) bei der Planfeststellungsbehörde beim Landesbetrieb Mobilität (LBM) in Speyer eingereicht. Damit wurde das Genehmigungsverfahren gestartet. Infrastrukturminister Roger Lewentz sprach der MVG Unterstützung durch das Land zu.

Bevor die Unterlagen in Speyer abgegeben wurden, präsentierten die Geschäftsführer der MVG, Jochen Erlhof und Gun-

ter Rebaht, Stadtwerke-Vorstand Detlev Höhne, Verkehrsdezernentin Katrin Eder sowie der Projektleiter der Mainzelbahn, Johannes Köck, die Pläne und Unterlagen in 27 Aktenordnern.

Projektleiter Köck von der MVG erläuterte den geplanten Streckenverlauf der Mainzelbahn und welche Änderungen sich bei der Planung ergeben hätten. Geschäftsführer Erlhof lobte die intensive Bürgerbeteiligung, die die Planung optimiert habe. Die MVG sei weiterhin daran interessiert, dass der Zuschussantrag zügig vorangetrieben werde. Seit gestern obliegt die Planung dem LBM. „Wenn alles gut geht, bekommen wir mit dem Planfeststellungsbeschluss noch 2012 Baurecht“, erklärte Erlhof. Zwei bis zweiein-

halb Jahre werde der Bau dauern. „Mit diesem Projekt wird die Diskussion um das System Straßenbahn in Mainz endgültig beendet sein“, sagte Eder und spielte damit auf Überlegungen in der Vergangenheit an, das Straßennetz abzuschaffen.

„Wir setzen alles daran, dass der Plan umgesetzt wird und unser Finanzbeitrag geleistet werden kann“, sagte Höhne. Die Stadtwerke AG habe als Mutter der MVG bisher 3 Millionen Euro Planungskosten investiert, weitere 22 Millionen Euro seien für die Planausführung angesetzt. Die Kosten sollen über zusätzliche Fahrgasteinnahmen, die mit der Mainzelbahn erreicht werden sollen (bis zu eine Million Fahrgäste mehr im Jahr) sowie über betriebswirtschaftliche Einsparungen getragen wer-

den. „Ein Effekt wird erst dann erreicht, wenn das System umgestellt ist“, prognostizierte Rebaht.

Das 70 Millionen Euro teure Straßenbahnprojekt soll mit 48 Millionen Euro von Bund und Land bezuschusst werden. Infrastrukturminister Lewentz begrüßte in einer Stellungnahme die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens: „Die Verlängerung der Straßenbahn ist für die Weiterentwicklung des Öffentlichen Personennahverkehrs der Landeshauptstadt das derzeit wichtigste Vorhaben“.

Die Mainzer Junge Union forderte in einer Erklärung hingegen eine Neubewertung des Projekts, da der von der MVG investierte Betrag besser in schadstoffarme Busse investiert werden solle.